erscheint Mittwochs, Red.-Schluß Sonntag.
Monats-Abonnement: 1,20 Goldmark.
Anzeigenpreis: 3 einspaltige Petitzeile (Nonpareille, ausgeschl. 0,40 Goldmark. Stellenorten-Anzeigen die Hälfte.

Der Schuhmacher

Verantwortlicher Redakteur: Otto Trefftich, Nürnberg. Fernspr.-Anschl. 403 Versandst. u. Redakt.: Nürnberg 1, Essenweinstraße 1, 1 Zahlungen: Postscheckkonto: 3989 Expedition „Der Schuhmacher" Mbg.

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher
und Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nummer 6 — Nürnberg, den 6. Februar 1924 — 38. Jahrgang

Die Bekämpfung der deutschen Arbeitslosigkeit.

Die Denkschrift des Afa-Bundes.

Durch die fürchterliche Wirtschaftskrise, die über Deutschland hereingebrochen ist, wurde eine unheimlich große Zahl von Arbeitern und Angestellten beschäftigungslos. Im unbesetzten Deutschland betrug die Zahl der Arbeitslosen Mitte Dezember ungefähr anderthalb Millionen — 23 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder —, die der Kurzarbeiter 1½ Millionen. Mitte Januar hat die Zahl der Arbeitslosen nach amtlicher Kundgebung, unter Hinzurechnung der Arbeitslosigkeit im besetzten Gebiet 3½ Millionen, die der Kurzarbeiter fast 4 Millionen betragen. Die Lasten der deutschen gewerblichen Arbeiter, Angestellten und Beamten hat keine ausreichende, ein Viertel

überhaupt keine Arbeitsgelegenheit.

Was geschah bisher für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit? Einig und allein nur die Verteilung von Erwerbslosenunterstützungen. Diese sind — knapp kalkuliert — für Ledige, 7 ℳ für Verheiratete mit zwei Kindern in der Woche und genügen zur Bestreitung der Lebenshaltung bei weitem nicht. Durch die Vorgänge der letzten Zeit wurde die Zahl der Arbeitslosen nur vermehrt: die entlassenen Beamten können in der Wirtschaft nicht beschäftigt werden. Die Verlängerung der Arbeitszeit hat noch mehr Arbeitskräfte überflüssig gemacht. Der ganze Lohndruck aber verstärkt, indem die niedrigen Löhne auf die Kaufkraft der Arbeiterschaft drücken, nur die Arbeitslosigkeit in den für die Versorgung des inneren Marktes arbeitenden Betrieben. Obwohl die Arbeitslosigkeit seit längerer Zeit auftrat und eine beständige Erscheinung des Wirtschaftslebens zu werden droht, sind die zur Linderung derselben geeigneten Maßnahmen weder eingeführt noch auch nur erwogen worden.

Die Unternehmer dachten nur an Lohnherabsetzungen

und Arbeitszeitverlängerung, die Gewerkschaften, in ihrer Machtstellung geschwächt, sahen sich ohnmächtig, an den Abwehrkampf. Der Allgemeine freie Angestelltenbund hat nun ein Memorandum zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ausgearbeitet, das sich durch seinen ganz konkreten Inhalt und durch sachliche Behandlung des Gegenstandes auszeichnet: es stellt ein Produkt sachkundiger Arbeit dar. Die schwere Finanzlage des Reiches wird bei der Aufstellung der Richtlinien überall berücksichtigt. Die Sachlieferungen auf Reparationskonto, die für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete könnten Arbeitsgelegenheit schaffen. Heute werden diese Lieferungen, insofern sie überhaupt getätigt werden, von einigen Riesenkonzernen in einseitiger Weise ausgeführt. Das Reich muß hier die Initiative ergreifen; die Entscheidung darüber, ob vom Ruhrgebiet, dessen Industrielle bekanntlich die Sachlieferungen bisher sabotierten, um den Profit aus der Belieferung der zerstörten Gebiete für sich selbst zu sichern. Umgehende Ausführungen werden der Neuschaffung von Arbeitsgelegenheit gewidmet. Es handelt sich in erster Linie um die Beschaffung von Krediten. Für private Wirtschaftskredite wurden bekanntlich 1200 Millionen Rentenmark vorgesehen. Diese Kredite sollen — so fordert der Afa-Bund — lediglich für produktive Zwecke, insbesondere nur für die produktive Ausdehnung sonst brachliegender Arbeitskräfte, gegeben werden. Die Rentenbank ist vom Reich unabhängig, da sie ertheilt dem Reich, das sich ihr beziehungsweise dem sie beherrschenden Großkapital ausgeliefert hat, Befehle. Mittels der Reichsbank, welche die Rentenmarkkredite für die Privatwirtschaft bewilligt, könnte das Reich jedoch einen Druck in dem geforderten Sinn ausüben.

Wichtiger sind die Anregungen des Afa-Bundes in bezug auf die Inanspruchnahme des privaten Geldmarktes, der in der Lage ist, die zur Neubeschaffung von Arbeitsgelegenheiten erforderlichen Kapitalien aus den vorhandenen Geldmitteln ohne neue Inflation zur Verfügung zu stellen. Es besteht keine besondere Knappheit am Kapitalmarkt; infolge der vorläufigen Stabilisierung der Geldwerte flüchten sich die Geldbesitzer nicht mehr in die Effekten- und Sachwerte. Daher können Reich, Länder und andere öffentliche Körperschaften die nötigen Kapitalien für Notstandsbauten durchgeführt werden. Die hierzu nötigen Mittel werden bei einer ziemlich durchgreifenden Aktion nicht schwer zu finden sein. Am wichtigsten ist es aber, daß mit der Bauarbeitszeit, die den meisten Arbeitskräften Beschäftigung verschafft, begonnen werde.

Die hierzu nötigen Kapitalien können leicht besorgt beziehungsweise eine mächtige Kapitalmacht erschlossen werden, wenn nur die bevorstehende Erhöhung der Mieten auf die Goldmark in einer Linie hierzu verwendet und nicht der privaten Bereicherung der Vermieter und steuerlichen Zwecken dienen würde. (Die wirtschaftlich starken Mietergruppen sollen die Friedensmiete mit fortlaufender Wirkung beibehalten, bei den übrigen soll die Angleichung der Mieten erst mit der Angleichung der Einkommen erfolgen.) Diese Forderung des Afa-Bundes müßte unbedingt erfüllt werden. Es ist eine der größten Sünden der finanziellen Mißwirtschaft, daß die Grundung eines

Fonds für Wohnbauzwecke

im Laufe der Jahre unterblieben und die Wohnungsnot ins Unendliche gesteigert worden ist. In der Landwirtschaft gibt es ebenfalls Gelegenheit zu sofortiger Einstellung neuer Arbeitskräfte: es wird auf eine großzügige Meliorisierung, die Zehntausenden Arbeit gäbe, gedrungen. Notstandsbauten sind nicht die Gleichberechtigung in der internationale. Im Gegenteil. Sie wollen verhindern, daß diese Organisationen innerhalb der Internationale sich andere Rechte anmaßen, als den jetzt der internationale angeschlossenen Gewerkschaften zustehen. Zum Beweis dafür, daß die Bedingungen nur gleiches Recht für alle der Internationale angeschlossenen Verbände schaffen wollen, seien die Sätze, gegen welche sich der als Gast anwesende Vertreter des russischen Lederarbeiterverbandes wendete und die er als unannehmbar bezeichnete, hier angeführt. Sie lauten:

„. . . . Unterlassung jeden Versuches, Beschlüsse irgend einer der Internationalen Vereinigung nicht angeschlossenen Organisationen oder Instanzen durchzuführen. Unterlassung der Zellenbildung in der Internationalen Vereinigung und in den derselben angeschlossenen Organisationen. Einstellung des Verleumdungsfeldzuges gegen die Amsterdamer Internationale und gegen die derselben angeschlossenen Sekretariate und Organisationen. Vorhandene Meinungsverschiedenheiten sind in sachlicher Weise ohne persönliche Angriffe in Presse und Versammlungen auszutragen."

Das also sind die unannehmbaren Bedingungen! Es muß hierzu festgestellt werden, daß es keiner angeschlossenen Organisation gestattet ist, gegen diese Selbstverständlichkeiten, die die Grundlage jeder Organisation bilden, zu verstoßen.

Gerade, wenn man eine Einheitsfront herstellen will, muß man die von der Organisation auf ihren Kongressen gefaßten Beschlüsse achten und darf nicht versuchen, Beschlüsse durchzuführen, die Instanzen fassen, die außerhalb dieser Organisation stehen. Dabei bleibt es selbstverständlich unbenommen, auf Kongressen der Internationale Anträge zu stellen und diese zu propagieren. Leicht aber der Kongreß diese Anträge ab, dann ist von jedem Glied der Internationale Disziplin zu üben. Ebenso selbstverständlich ist, daß in einer internationalen Vereinigung die Auseinandersetzungen über Meinungsverschiedenheiten nicht in persönlicher und verleumderischer Weise geschehen dürfen, sondern sachlich ausgetragen werden müssen.

Wir müssen uns um so mehr wundern, daß diese Bedingungen von Josefowitsch als unannehmbar bezeichnet werden, weil gerade gegenwärtig in Moskau ein strenges Verbot der Zellenbildung innerhalb der kommunistischen Partei ausgesprochen wurde, und sicher duldet auch der russische Lederarbeiterverband nicht, daß innerhalb seiner Organisation Zellenbildungen vorgenommen werden. Es liegen ja genug Beispiele vor, wie man mit denjenigen Gewerkschaftsmitgliedern in Rußland verfahren ist, die sich der Disziplin nicht fügten.

Die Einheit, Geschlossenheit und Disziplin bildet die Grundlage jeder Organisation. Wo diese Grundlage verlassen wird, tritt nicht nur eine Schwächung, sondern auch Zerfall ein. Wir bedauern außerordentlich, daß unsere russischen Kameraden diese Selbstverständlichkeit nicht anerkennen und es damit verhindert haben, daß die einleitenden Sätze zu den Bedingungen, die in Dresden angenommen wurden, nicht zur Wahrheit werden konnten. Dort heißt es:

„Der Internationale Kongreß der Schuh- und Lederindustriearbeiter erkennt an, daß die Vereinigung aller auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Organisationen zu einer internationalen Vereinigung eine unbedingte Notwendigkeit ist.

Diese Vereinigung wird aber nur dann fruchtbringend, die Kampffähigkeit dieser Internationale nur dann gegeben sein, wenn die angeschlossenen Verbände und deren Vertreter gewillt sind, in kameradschaftlicher Weise zusammenzuarbeiten, die selbst gegebenen Satzungen anzuerkennen und die Kongreßbeschlüsse zu achten."

Diese Sätze beweisen, daß es uns mit der Schaffung einer einheitlichen, aktionsfähigen Internationale ernst war. Wenn dieselbe nicht zustande kam, liegt die Schuld nicht bei uns, sondern bei den auf Moskauer Boden stehenden Verbänden, die nicht anerkennen wollen, daß sie in der Internationale nur die Rechte haben, die den anderen zustehen.

J. Simon,
Sekretär der Internationalen Vereinigung der Schuh- und Lederindustrie-Arbeiter.

Eine Abfuhr für den Reichsfinanzminister.

Die Berliner Zeitung „Der Montag-Morgen" war in der Lage, folgendes vertrauliches Schreiben des Reichsfinanzministers Dr. Luther an das Reichsarbeitsministerium zu veröffentlichen:

Der Reichsminister der Finanzen.
I. B. 1138.

Berlin, den 14. Januar 1924.

Aus Eingaben verschiedener Arbeitgeberverbände, die mir in letzter Zeit zugegangen sind, habe ich ersehen, daß der Privatwirtschaft durch Schiedssprüche der gesetzlichen Schlichtungsbehörden zum Teil erheblich höhere Löhne und Gehälter für ihre Arbeitnehmer auferlegt worden sind, als sie das Reich nach Einführung der Goldmarkrechnung an Beamte, Angestellte und Arbeiter zahlt. Es werden z. B. auf das nach dort getroffene Schiedsspruch des Vorstandes des Arbeitgeberverbandes deutscher Versicherungsunternehmungen vom 12. Dezember 1923 und das Schreiben der Vereinigung der Exportfirmen Berlins vom 19. Dezember 1923, von dem eine Abschrift auch dort vorliegen soll, Bezug.

Die in diesen Eingaben gemachten Ausführungen erscheinen auch mir sehr beachtlich. Eine Gefährdung der Einnahme des Reiches wird sich letzten Endes nur dann ergeben können, wenn auch die Privatwirtschaft durch eine der allgemeinen Notlage angepaßte Lohnpolitik zu einem Abbau der Warenpreise und einer Hebung des Absatzes kommt, die für Lebensmittel erhöht und auf dem Weltmarkt mit gesteigerter Konkurrenz rechnen muß. In diesem Zusammenhang darf ich darauf hinweisen, daß es mir nur bei einer weiteren Senkung der allgemeinen Lebenshaltungskosten möglich sein wird, an einer weiteren Senkung auch der Gehälter der Angestellten festzuhalten. Eine Erhöhung dieser Gehälter vermag ich mit Rücksicht auf die angespannte Finanzlage nicht zu befürworten. Wie auch dort bekannt ist, haben die wirtschaftlichen Verschlechterungen der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Einführung der neuen Gehälter und Löhne allgemeinen Widerstand entgegengesetzt. Andererseits konnten dank der Einsicht der betroffenen Kreise schwere Erschütterungen im Staatsbetriebe bisher vermieden werden. Die vorhandene Mißstimmung und Beunruhigung würde aber neuen Boden gewinnen, wenn die Arbeitnehmer der Privatwirtschaft in besonders hohe eine unverhältnismäßig höhere Bezahlung erhalten würden als diejenigen des Reiches.

Ich wende daher die Bitte aus, von dort aus dahin wirken zu wollen, daß die Schlichtungsausschüsse der ihrer Tätigkeit auf die nächstens Sitzungstage Rücksicht nehmen. Falls dort der Standpunkt vertreten wird, daß ein solcher Schritt nicht zu dem gewünschten Erfolg führen kann, darf ich mir die Anregung erlauben, ob es nicht notwendig wäre, durch eine auf Grund des Ermächtigungsgesetzes zu erlassende Verordnung die Zuständigkeit der örtlichen Schlichtungsausschüsse dahin einzuschränken, daß über die Lohn- und Gehaltssätze des Reiches nicht aber nur unter besonderen Voraussetzungen hinausgegangen werden darf.

Bei der Bedeutung und Tragweite der Angelegenheit, wäre ich dankbar, wenn mir die dortige Stellungnahme baldmöglichst mitgeteilt werden würde.

Abschrift dieses Schreibens habe ich dem Herrn Reichswirtschaftsminister, dem Herrn Reichsverkehrsminister und dem Herrn Reichspostminister zugehen lassen.

J. A.: gez.: v. Schlieben.

An den Herrn Reichsarbeitsminister.

Dieser Vorstoß des Reichsfinanzministers, den Lohndruck zu einer amtlichen Sache zu machen, übersteigt alles, was man bisher für möglich gehalten hätte. Die Pläne gegen die Rechte der Arbeiterinteressen haben auch sofort bei der Arbeiterschaft größte Empörung ausgelöst, die in einem Protest des A. D. G. B. zum Ausdruck kam. Jetzt hat sich nun der Reichsfinanzminister von seinem eigenen Ministerkollegen, dem Reichsarbeitsminister, eine derbe Antwort gefallen lassen müssen.

In dieser Antwort wird vom Reichsarbeitsminister betont, daß er es nicht für möglich halte, einen allgemeinen Grundsatz des Inhalts aufzustellen, daß die Löhne und Gehälter der Privatindustrie über die Zahlungen der öffentlichen Arbeitgeber nicht hinausgehen dürften. Ihre Höhe müsse sich nach den besonderen Verhältnissen des einzelnen Betriebes und der Arbeitsgelegenheit richten. Ohnehin würde die jetzige Lohnhöhe der Staatsbediensteten nicht ohne Einfluß auf das Lohnniveau privater Arbeitnehmergruppen sein. Es komme hinzu, daß den Staatsbediensteten gewisse soziale Vorteile gewährleistet sind, die andere Arbeitnehmer in gleichem Umfange nicht genießen. Die Antwort des Reichsarbeitsministers schließt dann wörtlich wie folgt:

„Für völlig ausgeschlossen erachte ich es, auf Grund des Ermächtigungsgesetzes den Schlichtungsbehörden Vorgaben für die von ihnen vorzuschlagenden Lohnsätze vorzuschreiben. Ich sehe die große Bedeutung der Schlichtungsbehörden und die starke Wucht ihrer Autorität gerade in der Freiheit und Selbständigkeit ihrer sachlichen Stellungnahme. Die Schlichtungsbehörden haben meines Erachtens nicht die Aufgabe, eine behördlicherseits als wünschenswert anerkannte Lohngestaltung sozusagen zwangsweise durchzusetzen. Sondern den Verhältnissen bei der von diesen selbst unter eigener Verantwortung vorzunehmenden sachlichen Regelung ihrer Arbeitsbedingungen behilflich zu sein. Daß sie dabei auf eine vernünftige und im Interesse des Arbeiters und Betriebes liegende Regelung hinwirken werden, ist selbstverständlich. Die Schiedssprüche kommen im übrigen durch Abstimmung der Beteiligten zustande und es ist nicht erforderlich, wie die Beisitzer zu einer den Vorschlägen des Reichsfinanzministeriums entsprechenden Stimmabgabe gebracht werden sollten.

Ich werde hiernach zwar auch wie der deutsche sein, auf eine einheitliche, den Interessen der Gesamtheit Rechnung tragende Lohnpolitik hinzuwirken. Mein Ermittlungsapparat und das erforderliche Material für die richtige Beurteilung der Gesamtlage zugehen lassen, bitte aber eine Bindung der Schlichtungsbehörden durch eine Art „Vorzugsregel" für unzulässig mit der Tendenz des Ermächtigungsgesetzes und der Eigenart des Schlichtungswesens."

Selten hat ein „Fachminister" sich so die Wahrheit sagen lassen müssen, wie der derzeitige Finanzminister Dr. Luther. Die Aufdeckung der geheimen Pläne, in denen auf die Wünsche des Unternehmertums eingegangen wird, lassen gerade recht, um der Arbeiterschaft zu zeigen, wo in einer bürgerlichen, sozialistenfeindlichen Regierung möglich ist. Der Vorgang muß eine eindringliche Warnung und Mahnung an die Arbeiterschaft sein, im Interesse ihrer Interessen politisch wie gewerkschaftlich alle Kräfte anzuspannen.

Internationale Vereinigung der Schuh- und Lederindustrie-Arbeiter.

Vom Sekretariat der Internationalen Vereinigung der Schuh- und Lederindustrie-Arbeiter wird folgendes geschrieben:

Das Präsidium des Zentralkomitees des Allrussischen Verbandes der Arbeiter und Angestellten der Lederindustrie erläßt einen „Aufruf an die Lederarbeiter aller Länder", den wir in einigen Organen der Schuh- und Lederindustrie finden. (Uns ist ein solcher Aufruf nicht zugegangen.) In diesem Aufruf wird von unannehmbaren Bedingungen gesprochen, die der internationale Kongreß in Dresden für die Aufnahme der auf Moskauer Boden stehenden Lederarbeiterverbände beschlossen habe. In diesem Aufruf wird ferner gesagt: „Wir wollen gleichberechtigte Mitglieder des internationalen Bundes werden", und schließlich werden die Lederarbeiter aufgefordert, „auf die Beschlüsse des Dresdener Kongresses mit Massenprotesten zu reagieren, die Einberufung einer außerordentlichen internationalen Konferenz zur Schaffung der Einheit und Bildung einer einheitlichen Internationale zu verlangen".

Zu diesem Aufruf ist folgendes festzustellen:

Die Bedingungen, die auf dem Dresdener Kongreß beschlossen wurden, versagen den auf Moskauer Boden stehenden Gewerkschaften durchaus nicht die Gleichberechtigung in der internationale. Im Gegenteil. Sie wollen verhindern, daß diese Organisationen innerhalb der Internationale sich andere Rechte anmaßen, als den jetzt der internationale angeschlossenen Gewerkschaften zustehen. Zum Beweis dafür, daß die Bedingungen nur gleiches Recht für alle der Internationale angeschlossenen Verbände schaffen wollen, seien die Sätze, gegen welche sich der als Gast anwesende Vertreter des russischen Lederarbeiterverbandes wendete und die er als unannehmbar bezeichnete, hier angeführt. Sie lauten:

„. . . . Unterlassung jeden Versuches, Beschlüsse irgend einer der Internationalen Vereinigung nicht angeschlossenen Organisationen oder Instanzen durchzuführen. Unterlassung der Zellenbildung in der Internationalen Vereinigung und in den derselben angeschlossenen Organisationen. Einstellung des Verleumdungsfeldzuges gegen die Amsterdamer Internationale und gegen die derselben angeschlossenen Sekretariate und Organisationen. Vorhandene Meinungsverschiedenheiten sind in sachlicher Weise ohne persönliche Angriffe in Presse und Versammlungen auszutragen."

Das also sind die unannehmbaren Bedingungen! Es muß hierzu festgestellt werden, daß es keiner angeschlossenen Organisation gestattet ist, gegen diese Selbstverständlichkeiten, die die Grundlage jeder Organisation bilden, zu verstoßen.

Gerade, wenn man eine Einheitsfront herstellen will, muß man die von der Organisation auf ihren Kongressen gefaßten Beschlüsse achten und darf nicht versuchen, Beschlüsse durchzuführen, die Instanzen fassen, die außerhalb dieser Organisation stehen. Dabei bleibt es selbstverständlich unbenommen, auf Kongressen der Internationale Anträge zu stellen und diese zu propagieren. Leicht aber der Kongreß diese Anträge ab, dann ist von jedem Glied der Internationale Disziplin zu üben. Ebenso selbstverständlich ist, daß in einer internationalen Vereinigung die Auseinandersetzungen über Meinungsverschiedenheiten nicht in persönlicher und verleumderischer Weise geschehen dürfen, sondern sachlich ausgetragen werden müssen.

Wir müssen uns um so mehr wundern, daß diese Bedingungen von Josefowitsch als unannehmbar bezeichnet werden, weil gerade gegenwärtig in Moskau ein strenges Verbot der Zellenbildung innerhalb der kommunistischen Partei ausgesprochen wurde, und sicher duldet auch der russische Lederarbeiterverband nicht, daß innerhalb seiner Organisation Zellenbildungen vorgenommen werden. Es liegen ja genug Beispiele vor, wie man mit denjenigen Gewerkschaftsmitgliedern in Rußland verfahren ist, die sich der Disziplin nicht fügten.

Die Einheit, Geschlossenheit und Disziplin bildet die Grundlage jeder Organisation. Wo diese Grundlage verlassen wird, tritt nicht nur eine Schwächung, sondern auch Zerfall ein. Wir bedauern außerordentlich, daß unsere russischen Kameraden diese Selbstverständlichkeit nicht anerkennen und es damit verhindert haben, daß die einleitenden Sätze zu den Bedingungen, die in Dresden angenommen wurden, nicht zur Wahrheit werden konnten. Dort heißt es:

„Der Internationale Kongreß der Schuh- und Lederindustriearbeiter erkennt an, daß die Vereinigung aller auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Organisationen zu einer internationalen Vereinigung eine unbedingte Notwendigkeit ist.

Diese Vereinigung wird aber nur dann fruchtbringend, die Kampffähigkeit dieser Internationale nur dann gegeben sein, wenn die angeschlossenen Verbände und deren Vertreter gewillt sind, in kameradschaftlicher Weise zusammenzuarbeiten, die selbst gegebenen Satzungen anzuerkennen und die Kongreßbeschlüsse zu achten."

Diese Sätze beweisen, daß es uns mit der Schaffung einer einheitlichen, aktionsfähigen Internationale ernst war. Wenn dieselbe nicht zustande kam, liegt die Schuld nicht bei uns, sondern bei den auf Moskauer Boden stehenden Verbänden, die nicht anerkennen wollen, daß sie in der Internationale nur die Rechte haben, die den anderen zustehen.

J. Simon,
Sekretär der Internationalen Vereinigung der Schuh- und Lederindustrie-Arbeiter.

Der Reichstarifvertrag gekündigt!

Reuteinreichung von Lohnforderungen.

Vom Verband der Deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten ging unserem Verbandsvorstand folgendes Schreiben zu:

Berlin, den 28. Januar 1924.

„Betr.: Reichstarifvertrag für die Schuhindustrie v. 11. März 1922.

Gemäß § 25 A. T. V. wird namens sämtlicher am Reichstarifvertrage beteiligten Arbeitgeberverbände der Reichstarifvertrag vom 11. März 1922 nebst sämtlichen Zusatz- und Nachtragsverträgen, soweit sie etwa noch in Geltung sein sollten, gekündigt.

Unter Bezugnahme auf § 12 der Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 (Reichsgesetzblatt Teil I, S. 1249) wird gleichzeitig hiermit eine besondere Kündigung der im Reichstarifvertrage vom 11. März 1922 enthaltenen Bestimmungen über die Arbeitszeit verbunden.

Man wird nun die Abänderungsanträge abzuwarten haben, die die kündigende Partei gemäß § 25b des Reichstarifvertrages binnen längstens zwei Wochen nach Einreichung der Kündigung einzureichen hat.

*

Die vertragschließenden Arbeitnehmerverbände der Schuhindustrie haben sich veranlaßt gesehen, mit Datum des 30. Januar an die Fabrikantenverbände erneut mit Lohnforderungen heranzutreten. Es wird mit Wirkung vom 1. Februar 1924 eine Aufbesserung der bestehenden Zeit- und Akkordlohnsätze um 40 Prozent gefordert. Zur Begründung wird insbesondere angeführt, daß seit der letzten Lohnvereinbarung die Arbeiter in ihrem Verdienst weit unter Friedensnominallohn bleiben, ein Umstand, der damals vor Konsolidierung der Währungsverhältnisse noch nicht überschaut werden konnte. Besonders bei der notwendig gewordenen Neufestsetzung der Einzelakkordsätze und Einzelzeitlöhne habe sich die Unzulänglichkeit der letzten Vereinbarungen vielfach von selbst ergeben.

Die Kollegenschaft wird hiermit ersucht, der Leitung des Verbandes geeignetes Verhandlungsmaterial baldmöglichst zugänglich zu machen.

Die Aufgaben der Gewerkschaften in der gegenwärtigen Lage.

Zu diesem Punkt faßte die Bundesausschuß-Sitzung des ADGB., die am 15. und 16. Januar stattfand, einstimmig folgende Entschließung:

„Die zurückliegenden Monate brachten die gewerkschaftlichen Organisationen in schwere Bedrängnis. Außenpolitische Einwirkungen, eine verfehlte Wirtschaftsführung im Innern im Verein mit einer beispiellosen Geldverschlechterung ließen die Zahlen der Kurzarbeiter und gänzlich Erwerbslosen über alles Maß anschwellen, verbreiteten Not und Elend selbst in den Reihen der noch Beschäftigten in einem fast lähmenden Umfang.

Das Unternehmertum nutzt diesen Notstand bedenkenlos aus. Unter dem Schlagwort „Steigerung der Produktion" wird die Arbeitszeit verlängert, werden die Löhne abgebaut, leisten sogar staatliche Schlichtungsstellen den Arbeitgebern hierbei hilfreiche Hand. Der Arbeiter soll in sein früheres Hörigkeitsverhältnis zurückgezwungen werden. So wenig phrasenhafte Wortathletik diese Dinge zu meistern vermag, so falsch wäre es, in ergebenem Dulden die Hände in den Schoß zu legen. Die Arbeiterschaft hat schon manche Krise überdauert, um sich kräftiger wieder zu erheben, sie wird auch diese überwinden; um so schneller und nachhaltiger, je eher sie ihrer Kraft wieder bewußt wird und sie zweckmäßig anwendet. Der Tiefstand scheint bereits überwunden; in einigen Industrien steigt der Beschäftigungsgrad und führt den Verbänden neue Mitglieder zu, weckt zudem auch die Anteilnahme derer wieder, die wankelmütig den Einflüsterungen falscher Freunde ihr Ohr liehen und die Mitgliedschaft aufgaben.

Die Gewerkschaften sind von jeher und grundsätzlich für volle politische Freiheit eingetreten, sie müssen daher schon deshalb

die Aufhebung des Ausnahmezustandes

fordern, ganz abgesehen davon, daß der Ausnahmezustand sie auch in ihrer wirtschaftlichen Betätigung erheblich einschränkt.

Der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit ist eine der frühesten Lebensäußerungen der deutschen Gewerkschaften; sie werden in diesem Bestreben fortfahren trotz Arbeitszeitverordnung und Ermächtigungsgesetz, bis zur restlosen

Wiederherstellung des Achtstundentages.

Die Verlängerung der Arbeitszeit ist um so weniger haltbar, als sie auch auf die Industrien und Gewerbe ausgedehnt wurde, wo alle Voraussetzungen hierfür fehlen, wo namentlich zahllose Hände feiern müssen. Trotz Friedensvertrag und innen- und außenpolitischer Widerstände gilt möglichst umfassende

Unterbringung der Arbeitslosen,

sei es auch unter entsprechender Umschichtung als unabweisbare Pflicht.

Steigerung der Produktion auf Kosten der Arbeitszeit und der Löhne hat sich noch immer auf die Dauer als unrentabel erwiesen. Der Kampf um die

Erhöhung der Löhne

ist mit neuer Kraft fortzuführen, da die heutigen Löhne weit, zum Teil bis zur Hälfte hinter den Friedenslöhnen zurückbleiben. Aber auch die Hinaufführung der Löhne bis zum Friedensstand und darüber hinaus würde keine fühlbare Erleichterung für die Arbeitnehmer bedeuten, wenn nicht gleichzeitig die Preise abgebaut werden. Diese Forderung ist um so berechtigter, als die Preise in Deutschland heute vielfach über den Weltmarktpreisen stehen, obschon fast ausnahmslos der Anteil des Lohnes am Preise um ein Vielfaches gesunken ist.

Die Rechte des Arbeiters im Betrieb

sind in ernster Gefahr, nicht minder das Koalitionsrecht bezw. dessen ungeschmälerte Anwendung für Arbeiter in öffentlichen Betrieben. Die Fortführung, ja selbst Aufrechterhaltung der Sozialgesetzgebung ist bedroht, angeblich wegen Mangel an Mitteln des Staates, obschon dessen Steuerpolitik erfolgsicherer wäre, wenn sie

den Besitzenden diese Steuerlast

so auferlegte, wie den Arbeitnehmern. Die Arbeiterschaft muß sich darüber hinaus rüsten zur Wiedergewinnung ihres Einflusses im Staate. Sie wird den ihr aufgezwungenen Kampf siegreich bestehen, je mehr die Einsicht in die Notwendigkeiten, Kräfte und Mittel in den weitesten Kreisen wächst. Das hätte sich fördern lassen, wäre es den Gewerkschaften möglich gewesen, ihre Bildungseinrichtungen unversehrt zu erhalten. Auch hier wird viel auszubessern und neu aufzubauen sein.

Ueber allem aber steht die Pflicht, in den eigenen Reihen das Vertrauen auf die eigene Kraft zu wecken. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Verbands- und Werbetätigkeit mit Beharrlichkeit einsetzt. Nur starke, von einem einheitlichen Willen geleitete Organisationen werden in der Lage sein, die Verhältnisse zu meistern. Ihnen verdanken die Gewerkschaften ihre bisherigen Erfolge und nur in ihnen liegt die Zuversicht, bald aus der Abwehr zum Angriff und zum Siege schreiten zu können."

Der Schuhfabrikantenverband lehnt eine gemeinsame Erhebung über Leistungen und Löhne in den Schuhfabriken ab!

Um eine einwandfreie Grundlage für die Verhandlungen über den Neuabschluß des Tarifvertrages, wo die Arbeitszeit und die Löhne eine Rolle spielen werden, zu erhalten, war der Vorstand des Zentralverbandes der Schuhmacher an den Fabrikantenverband mit dem Vorschlag herangetreten, einen gemeinsamen Fragebogen herauszugeben, in welchem die Löhne und die Leistungen der Vorkriegszeit und gegenwärtig ermittelt werden sollten. Dieser Fragebogen sollte von der Betriebsleitung und dem Betriebsrat gemeinsam ausgefüllt und unterschrieben werden.

Die Leitung des Schuhfabrikantenverbandes stimmte zunächst diesem zu. Durch Schreiben des geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes Herrn Rechtsanwalt Blasse vom 29. Januar wird unserem Verbande jedoch jetzt mitgeteilt, daß eine größere Anzahl von Bezirksverbänden des Fabrikantenverbandes diese gemeinsame Erhebung ablehnen, weil angeblich die Unterlagen für Leistungen und Löhne aus dem Jahre 1914 nicht mehr vorhanden seien. Es müsse daher von der Durchführung unseres Vorschlages abgesehen werden.

Wir bedauern die Stellungnahme des Schuhfabrikantenverbandes, umsomehr, weil dadurch verhindert wird, einwandfreies von beiden Teilen anerkanntes Material zur Beurteilung der Löhne und Leistungen zu erhalten. Unserer Ansicht nach wäre bei gutem Willen die Beschaffung solchen Materials wohl möglich gewesen. Daß die Behauptung der Unternehmer, es seien die Unterlagen aus dem Jahre 1914 nicht mehr vorhanden, nicht zutreffend sind, beweist schon die Tatsache, daß die Unternehmervertreter ja bei allen Lohnforderungen mit der Behauptung operieren, daß der Lohnanteil an den Produktionskosten heute viel höher sei, wie in der Vorkriegszeit und sie daher nicht in der Lage seien, weitere Lohnzugeständnisse zu machen. Worauf soll denn eine solche Behauptung gestützt werden, wenn die Unterlagen aus dem Jahre 1914 fehlen? Unserer Auffassung nach erfolgte die Ablehnung aus dem Grunde, weil die Herren befürchten, daß durch einwandfreies Material der Nachweis erbracht würde, daß die Leistungen gegenüber der Vorkriegszeit trotz Verkürzung der Arbeitszeit erheblich gestiegen, die Löhne dagegen zurückgegangen sind. Wir werden in der Lage sein, auch ohne den gemeinsamen Fragebogen bei den Verhandlungen diesen Nachweis zu führen.

Begreift die Zeit!

Die soziale Kampftaktik der Arbeiter hat sich zu richten nach den stets wechselnden Kampfbedingungen. Im Ueberschwang der Hoffnungen, aber sicher nicht ohne den Hintergedanken des Eigennutzes, hatte die Revolution auch allerlei kleinbürgerliche Elemente auf die Seite der Arbeiter getrieben. Der Sonntags-Enthusiasmus dieser Leute, die Tag für Tag die Massenversammlungen füllten, war aber bald verraucht.

Unsere Bewegung war bald dieser Mitläufer entkleidet und die Arbeiter fühlten: Das Schwergewicht des proletarischen Kampfes war in die Betriebe zu verlegen. Es kam das Betriebsrätegesetz, es kam unter der Geldentwertungsperiode der tägliche aufreibende Kampf der Betriebsräte und der Gewerkschaften um die wirtschaftliche Selbstbehauptung der Arbeiterschaft.

Dann aber kam der völlige Währungs- und Wirtschaftszusammenbruch, der die größere Macht scheinbar auf die Seite der Unternehmer brachte. Wir sagen scheinbar, denn das Unternehmertum wird sich verrechnen. Es sieht sich heute starken Arbeiterorganisationen gegenüber. Es kann eine positive Stärke nur vortäuschen, solange die Wirtschaft gelähmt am Boden liegt!

Unsere Macht muß wachsen, je mehr die Wirtschaft wieder in Gang kommt. Es kommt nur darauf an, ob das Proletariat sich starke Nerven bewahrt hat, der Organisation — ihrer einzigen Waffe — die Festigkeit verleiht, um, wenn es an der Zeit ist, von der Abwehr zum Angriff übergehen zu können.

Die Arbeiterschaft muß beweisen, daß sie jetzt, auf sich selbst gestellt, die richtige Taktik einzuschlagen versteht — sie müßte sonst ganz unterliegen. Der gute Organisationsgeist muß wieder voll zur Geltung kommen und die Zeit ist nicht mehr fern, wo er sich dann bewähren wird. Für jedes Gewerkschaftsmitglied entsteht die Pflicht, in den eigenen Reihen jenen Kampfesmut und jenes Gefühl ruhiger Sicherheit, aber auch jenes gegenseitige Vertrauen lebendig zu erhalten, das für eine Kampfesorganisation die Vorbedingung ist!

Es sind alberne Schwätzereien, wenn der Standpunkt vertreten wird, daß wir uns die größten Ziele stecken könnten gerade in Zeiten, wo die Kampfposition noch die ungünstigste ist. Es sind nichtsnutzige Anwürfe, wenn andere behaupten, die Leitung sei an allem schuld, wenn die wirtschaftlichen Kampfbedingungen sich verschlechtert haben. Von jedem einzelnen Gewerkschaftsmitglied wird heute eine größere Fähigkeit verlangt, die Kampfsituation beurteilen zu können, als nur gedankenleeren Geschwätzen zu folgen. Eine wirklich ernsthafte Diskussion über die wirklichen Zusammenhänge, über die Kräfte und Gegenkräfte in unseren Kämpfen muß in jeder Zahlstelle einsetzen, um leeren Schwätzereien das Wasser abzugraben. So wird auch die notwendige Uebereinstimmung hergestellt werden.

Unser Tarifablauf steht vor der Tür. Da gilt es für die Zahlstellen, sich bereits jetzt schon auf alle Eventualitäten vorzubereiten. Schon eine ernsthafte Durchbesprechung des Tarifs, der damit gemachten Erfahrungen, der mit ihm zusammenhängenden Probleme, die Möglichkeiten einer Aenderung können für die Betriebsräte und für die Allgemeinheit befruchtend wirken. In aller Stille, aber entschlossen und beharrlich muß an unseren Zielen gearbeitet werden. Unterstützung der Verbandsleitung durch Zusammentragung von Beweismaterial für die Verhandlungen, Festigung des gegenseitigen Vertrauens unter der Kollegenschaft, Bereitstellung der Organisation für ernsthaftere Eventualfälle, darauf konzentriert sich die jetzige Kampftaktik!

Darum: Stärkt die Organisation! Unterstützt eure Leitung! Vor allem, Kollegen, arbeitet mit!

Mitteilungen.

Dresden.

Für große Jahresrückblicke fehlt der Raum, es mag deshalb hier nur auf das Wesentlichste eingegangen werden. Die unerhörte Not der Schuharbeiterschaft — waren doch von 50 hiesigen Schuhfabriken 38 stillgelegt — ist nicht immer von den Arbeitgebern und auch Behörden mit dem nötigen Ernst aufgenommen und behandelt worden. Das zeigte sich zum Beispiel bei der ungenügenden Organisation in der Auszahlung der Kurzarbeiterunterstützung durch das Fürsorgeamt. Die Auszahlungen der Unterstützungen verzögerten sich in vielen Fällen aber auch durch Unterlassungssünden der Unternehmer. Ein Teil der verbitterten und aufgeregten Arbeiterschaft — nämlich die Kollegen, die sich in ihrem Sinnen und Trachten selbst noch nicht genügend mit dem Verband verknüpft haben, so wie es sein sollte — richtete ihren Unwillen an die falsche Adresse, nämlich gegen die eigene Organisation. Es ist das mit auf das Treiben unverantwortlicher Personen zurückzuführen, die, ohne es vielleicht zu merken, damit gerissenen Unternehmern in die Hände arbeiten, die nur auf die Arbeiterzersplitterung warten. — Die Verbandsfunktionäre standen bei den ständig in Schwankung liegenden Wirtschafts- und Währungsgrundlagen, bei der dauernden Aenderung der Tarife, unter einer nie endenwollenden, schier erdrückenden Arbeitslast. Zur Erledigung von Tarifstreitigkeiten und Beseitigung von Verletzungen der Arbeiterschutzgesetzgebung wurden in 23 Fällen Verhandlungen direkt zwischen der Organisationsleitung und den Arbeitgebern geführt. In 14 Fällen wurde die Bezirkstarifkommission, in 7 Fällen der amtliche Schlichtungsausschuß, in 18 das Gewerbegericht und in zwei Fällen die Bezirkswirtschaftsstelle angerufen. In neun Fällen wurden Uebertretungen der gesetzlichen Vorschriften dem Gewerbeaufsichtsamt angezeigt. Wir haben auch Mißstände in den Zeitungen öffentlich gebrandmarkt; wenn eine Belegschaft gut organisiert ist, werden Mißstände immer mehr auch ohne diese Mittel beseitigt werden können. — Im Schoßgewerbe war die Zahl der Lehrlinge mit 122 am Jahresschluß immer noch hoch genug. Die Gehilfen haben nach wiederholten langen Verhandlungen zurzeit einen Spitzenlohn von 50 ₰ die Stunde. Die letzte Lohnabmachung für Industriearbeiter hat große Teile der Arbeiterschaft nicht befriedigen können, weil selbst verheiratete Kollegen mit Verdiensten abschneiden, die nicht den einfachsten Lebensansprüchen genügen. Am Jahresende war die Zahl der in Betrieb befindlichen Fabriken wenigstens wieder auf 35 gestiegen, die 1593 Personen beschäftigen. — Der Arbeitsnachweis verzeichnete 130 gemeldete offene Stellen, von denen 129 besetzt worden sind. Stellen für Schuhfabrikarbeiter wurden 50 gemeldet, 44 besetzt, für Arbeiterinnen 17 eingezeichnet, von denen 13 besetzt werden konnten. Am Jahresschluß waren beim Arbeitsnachweis als Arbeitsuchende gemeldet: 731 Schoßarbeiter, 196 Fabrikschuhmacher und 140 Schuhfabrikarbeiterinnen. — Die vom Verband veranlaßten Bildungsmöglichkeiten wurden nicht immer, wie erhofft, benutzt. Auch fehlte mitunter die notwendige Zahl an Mitgliedern zur freiwilligen Mitarbeit, von der die erfolgreiche Tätigkeit der Organisation wesentlich mit abhängt. Umsomehr muß die uneigennützige Tätigkeit derjenigen anerkannt werden, die neben ihrer Berufsarbeit ihre Kraft in den Dienst der Organisation gestellt haben.

Zu keiner Zeit als gerade jetzt, wo der Ablauf und die Erneuerung der Tarife für Handwerk und Industrie auf der Tagesordnung steht, wo uns der Kampf gegen unsere Errungenschaften angekündigt ist, muß sich jeder als richtiges Verbandsmitglied bewähren! Wollen wir erfolgreich kämpfen, so müssen wir eine große, einige Familie bilden, die von den Gewerkschaften keine solchen Aufgaben verlangt, die außerhalb ihrer Macht und ihres Wirkungskreises liegen. Unsere organisatorische Kraft muß sich jetzt auf das naheliegendste Ziel, auf die nächsten ureigensten Aufgaben, die Wahrung unserer Rechte und die Besserung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen konzentrieren. Geschieht das, dann müssen zersetzende Auseinandersetzungen unter den Mitgliedern und auch in den Versammlungen von selbst verschwinden. Sorgen wir durch geschlossenes, einiges Handeln, daß wir die größtmöglichsten Erfolge zu verzeichnen haben!

Im abgelaufenen Jahre haben ihr 25jähriges Verbandsjubiläum feiern können die Kollegen Ernst Grunewald, Feodor Eichler, Albin Hartmann, Julius Exner, Karl Schiefner und Heinrich Wolkmar. Indem wir die Betreffenden beglückwünschen, legen wir allen Kollegen ans Herz, ebensolche Treue und Anhänglichkeit dem Verbande zu bewahren in guten wie in schlimmen Tagen.

Berlin (Verlegung des Arbeitsnachweises).

Der paritätische Arbeitsnachweis der Schuhmacher ist von Prenzlauerstraße 45 nach Rückerstraße 9 verlegt. Telephon: Norden 3792—93 und 11040. Die Vermittlung erfolgt für Männer von 9—12 Uhr vormittags, für Frauen von 12—2 Uhr nachmittags.

Zentralverband der Schuhmacher, Geschäftsstelle Berlin.

Düsseldorf.

Versammlung findet statt jeden 3. Montag im Monat, abends 8 Uhr, im „Volkshaus", Zimmer 4. — Der Lohn hier am Ort beträgt bis auf weiteres 60 ₰ in der ersten, 58 ₰ in der zweiten Klasse. Werkzeugentschädigung beträgt 10 Prozent vom Stundenlohn. Logisarbeiter erhalten 20 Prozent extra für den Boden.

Nachtrag zum Landeslohntarif im Freistaat Sachsen.

Altersklasse:		Ortskl. 1	Ortskl. 2	Ortskl. 3	Ortskl. 4
über 21	Jahre männlich	46 Pfg.	43 Pfg.	40 Pfg.	37 Pfg.
19—21	" "	42 "	39 "	36 "	33 "
16—19	" "	38 "	35 "	32 "	29 "
unter 16	" "	34 "	31 "	28 "	25 "
über 21	Jahre weiblich	31 Pfg.	28 Pfg.	26 Pfg.	22 Pfg.
19—21	" "	26 "	23 "	20 "	17 "
17—19	" "	21 "	18 "	15 "	12 "
15—17	" "	16 "	13 "	10 "	7 "

Diese Löhne haben vorerst Gültigkeit bis 29. Februar 1924. Sie können mit einer Frist von zwei Lohnwochen aufgekündigt werden. Akkordlöhne sind nach den Bestimmungen des § 4d umzurechnen.

Die Bezirksleitung.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Vom 3. Febr. bis 9. Febr. 1924 ist der **6.** Beitrag fällig.

Genehmigung von wöchentlichen Extrabeiträgen.

Auf Grund des § 6, Ziffer 1, des Statuts wird den nachfolgenden Zahlstellen die Erhebung von Extrabeiträgen in der angegebenen Höhe genehmigt (alles pro Beitragsmarke):

Bielefeld, ab 30. Dezember (1. Beitragswoche): 10 ₰. **Bremerhaven** ab 30. Dezember (1. Beitragswoche): 5 ₰. **Dinkingen**, ab 30. Dezember (1. Beitragswoche): 10 ₰. **Hildesheim**, ab 13. Januar (3. Beitragswoche): 10 ₰. **Kalla**, ab 30. Dezember (1. Beitragswoche): in der 3., 4., 5., 6. und 7. Beitragsklasse 5 ₰. **Oederan**, ab 30. Dezember (1. Beitragswoche): in allen Beitragsklassen 5 ₰. **Nochlitz**, ab 30. Dezember (1. Beitragswoche): 5 ₰. **Gera**, ab 13. Januar (3. Beitragswoche): in der 1. und 2. Beitragsklasse 5 ₰ und in der 3. bis 7. Beitragsklasse 10 ₰.

Die Mitglieder genannter Zahlstellen machen wir darauf aufmerksam, daß die Nichtzahlung dieser Lokalbeiträge die Folgen des § 8 Abs. 4 des Statuts nach sich zieht.

Nürnberg, den 2. Februar 1924. **Der Vorstand.**

Literarisches.

Die Rettung vor dem Untergang. Eine Antwort des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes von Ernst Schulze. Diese Schrift stellt die zahlreichen Lügen und Entstellungen der kommunistischen Hetze gegen die Gewerkschaften klar und sollte deshalb in die weitesten Kreise der Arbeiterschaft getragen werden. Zu bestellen bei den Buchhandlungen, den Ortsausschüssen oder direkt beim A. D. G.-B., Berlin S. 14, Inselstr. 6.

Kommentar zur Verordnung über das Schlichtungswesen. Von Georg Flatow und R. Joachim. Vertrieb durch die Verlagsgesellschaft des A. D. G.-B., Berlin S. 14, Inselstr. 6. Preis: (200 Seiten) 3 M.

Briefkasten.

L., Kalla. Zeitungen nach Gnechenreuth und Schwarzenbach a. Wald werden besorgt. Wieviel Zeitungen braucht Kalla, wieviel Gnechenreuth?

Die Expedition.

Kollegen! Sorgt für sofortige Einsendung der grauen Arbeitslosenzählkarten!

Tüchtiger lediger Schuh- und Pantoffelmacher
welcher in allen Arbeiten, besonders im Durchnähen bewandert ist, wird sofort gesucht. **Paul Liebscher, Schuh- und Pantoffelfabrik, Oberplanitz** (Sachsen).

Zuschneider
für Rindlederartikel gesucht.
Fritz Heinzmann, Schuhfabrik
Mönchweiler (Baden).

Mehrere tüchtige Schuhmacher
auf zwiegenähte Arbeit sucht
Bernhard Ruf, Nördlingen
Hallgasse.

Zum sofortigen Eintritt suche ich einen tüchtigen, durchaus zuverlässigen
Bodenlederstanzer,
tücht. Maschinenarbeiter
für Holznagel-, Durchnäh- (Makkay-), Fräs- und Ausputzmaschinen; ferner
Schuhmacher (Schoßarbeiter).
Es wollen sich nur durchaus tüchtige Arbeiter melden, beste Bezahlung wird zugesichert.
Heinrich Bayerlein, Sportschuhfabr.
Ansbach (Bayern), Telephon 203.

Erzgeb. Schuhfabrik sucht perf. Maschinenzwicker. Off. unt. „H. ..." an die Exp.

Junger Mann, 20 Jahre, Spezialist im Abnähen und Stanzen, auch mit anderen Arbeiten vertraut, sucht sich zu verändern. Gefl. Angebote an **Karl Schneider, Stuttgart**, Neckarstraße 156, I (Bureau).

Tüchtiger Zuschneider
18—21 Jahre, bei guter Bezahlung und dauernder Beschäftigung für badische Schuhfabrik sofort gesucht. Offerten unter „R. 100" an die Expedition.

Stahlborsten „Chalyseta"
— D. R.-P. —
zum Doppeln, Einstech., Umwend. z. lieferbar. Wiederverkäufer Rabatt.
Walter Schulz, Hamburg 23,
Hammerstraße 38.

Sucht für sofortigen Antritt
mehrere Maschinenzwicker
sowie einen **Doppler**. Bevorzugt werden Zwicker, welche auch gleichzeitig doppeln können. **Bernhard Goldammer, Schuhfabrik, Kreischa** b. Dresden.

Kernleder-Doppelsohlen, Herren ..., Damen ..., Frauenpaßsohlen ... Größere Posten Unter-Nachnahme.
Eduard Schlemmer, Erfurt.

Bücher, Winkel, Zirkel, Messer
r. Modell. Liste 8 gegen Rückporto.
H. Franke, Artern 17.

E. Vögtle, Berlin N. 54
Lothringer Straße 83
Generalvertretung der Firma Johannes Lapp Söhne, Tuttlingen, für Berlin, Brandenburg, Pommern und Mecklenburg
Sämtliche Werkzeuge für Hand- u. mechan. Arbeit.
Torz. **Echt Schwedische Messer**, Marke ...
Spezialwerkzeuge für Galoschenarbeit. — Häberleiner Fabrikat Lamnerts.

Druck: Fränkische Verlagsanstalt & Buchdruckerei G. m. b. H., Nürnberg. — Verlag: Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands (J. Simon) Nürnberg, Essenweinstraße 1.